

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 21. November 2018

1104. Gemeindeordnung (Politische Gemeinde Oetwil a.d.L.)

1. Gemäss Art. 89 Abs. 1 der Kantonsverfassung (KV, LS 101) regeln die politischen Gemeinden und die Schulgemeinden ihre Organisation und die Zuständigkeit ihrer Organe in der Gemeindeordnung (GO). Die Gemeindeordnung bedarf der Genehmigung des Regierungsrates. Er prüft sie auf ihre Rechtmässigkeit (Art. 89 Abs. 3 KV). Diese Genehmigung hat konstitutive Wirkung, d.h., das Inkrafttreten der Gemeindeordnung setzt die Genehmigung des Regierungsrates voraus (vgl. § 4 Abs. 1 Gemeindegesetz [GG, LS 131.1]). Allfällige Mängel werden durch die Genehmigung nicht geheilt.

2. Die Stimmberechtigten der Politischen Gemeinde Oetwil a.d.L. haben anlässlich der Urnenabstimmung vom 23. September 2018 die Totalrevision der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Oetwil a.d.L. beschlossen. Die Gemeindeordnung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft und enthält die notwendigen Anpassungen an das Gemeindegesetz. Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung wird die bis dahin geltende Gemeindeordnung aufgehoben.

3. Folgende Bestimmung gibt zu Bemerkungen Anlass:

a) Gemäss Art. 24 Abs. 2 Ziff. 3 GO steht dem Gemeinderat die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 2 000 000 für einen bestimmten Zweck und neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 200 000 für einen bestimmten Zweck zu. Art. 16 Ziff. 4 GO sieht demgegenüber ebenfalls die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung für die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 2 000 000 für einen bestimmten Zweck und neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 200 000 für einen bestimmten Zweck vor, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist. Die beiden Bestimmungen stehen in Widerspruch zueinander, da es nicht möglich ist, sowohl die Gemeindeversammlung als auch den Gemeinderat mit derselben Finanzkompetenz auszustatten. Die Gemeinden dürfen dem Gemeinderat in der GO Finanzbefugnisse übertragen, die im Interesse der lückenlosen Kompetenzabgrenzung betragsmässig eindeutig zu begrenzen sind. Die zu übertragenden Finanzbefugnisse dürfen jedoch nicht höher oder gleich hoch sein als diejenigen der Gemeindeversammlung. Entgegen dem Wortlaut von Art. 24 Abs. 2 Ziff. 3 GO kann dem Gemeinderat deshalb keine Finanzbefugnis für die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 2 000 000 für einen bestimmten Zweck und neuen wiederkeh-

renden Ausgaben bis Fr. 200 000 für einen bestimmten Zweck zustehen. Umgekehrt ist daraus aber nicht zu schliessen, dass dem Gemeinderat keinerlei Finanzbefugnisse für die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen Ausgaben zukommen. Im System des doppelten Ausgabenbewilligungsverfahrens bilden nicht budgetierte Ausgaben die Ausnahme. Es wäre deshalb sinnwidrig und unzweckmässig, wenn der Gemeinderat neue Ausgaben ausserhalb, jedoch nicht innerhalb des Budgets bewilligen könnte. Art. 24 Abs. 2 Ziff. 3 GO ist deshalb so auszulegen, dass der Gemeinderat analog zu Art. 24 Abs. 1 Ziff. 1 auch für die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 100 000 für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 50 000 für einen bestimmten Zweck zuständig ist. Dies gilt auch in Anbetracht des Umstandes, dass im Beleuchtenden Bericht der Gemeinde Oetwil a. d. L. vom 18. Juni 2018 in Bezug auf die Exekutive Beträge bei einmaligen Ausgaben bis Fr. 100 000 und wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 50 000 erwähnt werden.

Die Politische Gemeinde Oetwil a. d. L. ist deshalb zu verpflichten, Art. 24 Abs. 2 Ziff. 3 GO bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung im Sinne dieser Erwägung anzupassen.

b) Im Übrigen geben die Bestimmungen zu keinen Bemerkungen Anlass und sind deshalb zu genehmigen.

c) Der Gemeinderat ist verpflichtet, die Stimmberechtigten rechtzeitig, in geeigneter Form und unter Verweisung auf diesen Regierungsratsbeschluss über die nicht vorbehaltlose Genehmigung der Gemeindeordnung zu informieren (§ 7 Abs. 1 GG).

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die von den Stimmberechtigten der Politischen Gemeinde Oetwil a. d. L. am 23. September 2018 beschlossene Gemeindeordnung wird im Sinne von Erwägung 3 genehmigt.

II. Der Gemeinderat der Politischen Gemeinde Oetwil a. d. L. wird verpflichtet, bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung Art. 24 Abs. 2 Ziff. 3 GO im Sinne der Erwägung 3a anzupassen.

III. Gegen diesen Beschluss kann innert 30 Tagen, von der Mitteilung an gerechnet, beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist beizulegen oder genau zu bezeichnen. Die angerufenen Beweismittel sind genau zu bezeichnen und soweit möglich beizulegen.

IV. Mitteilung an den Gemeinderat Oetwil a. d. L., Alte Landstrasse 7, Postfach 36, 8955 Oetwil an der Limmat (ES), den Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, sowie an die Direktion der Justiz und des Innern.



Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli